

Die entwickelte sozialistische Gesellschaft erhält ein neues staatsrechtliches Fundament

„Seit einiger Zeit ist sichtbar, daß die gegenwärtige Verfassung der DDR ... nicht mehr den Verhältnissen der sozialistischen Ordnung und dem gegenwärtigen Stand der historischen Entwicklung entspricht.“ Es wird demnach „Sache der neu zu wählenden Volkskammer sein, festzulegen, wann die Vorbereitungen für eine neue Verfassung der DDR beginnen will.“ So laute die Entscheidung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, in seinem Referat auf dem VII. Parteitag.

Welche gesellschaftlichen Realitäten erfordern von unserer obersten Volkvertretung diese verantwortungsvolle Aufgabe wahrzunehmen?

Die Verfassung ist das Grundgesetz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, sie charakterisiert die rechtliche Grundlage der Bürger unseres ganzen Volkes. Es gehört zu den elementarsten Fragen der Demokratie, daß sich ein Volk selbst seine Verfassung gibt, die es als Grundgesetz seiner Staatsordnung respektiert.

Bereits 1959 begann unter den fortschrittlichen Deutschen die Diskussion um eine neue gesamtdeutsche Verfassung. Ein vom Parteivorstand der SED nach 1949 verlegter Entwurf wurde bis 1948 von der Bevölkerung in mehr als 9000 Versammlungen beraten. Es wurden 15 000 Resolutionen und 503 Änderungsorschläge unterbreitet. Im Oktober 1949 unterbreitete Genosse Otto Grotewohl erneut einen vom Verfassungsausschuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurf dem Deutschen Volktrat, dem Bürger ganz Deutschlands angehörten. In diesem Entwurf waren von 144 Artikeln 32 auf Grund von Vorschlägen der Bevölkerung gestrichelt worden. Mit seiner Hilfe sollte die staatliche Einheit eines demokratischen Deutschland gesichert werden.

Nachdem die Imperialisten am 21. September 1949 den westdeutschen Separatstaat geschaffen hatten, beschloß die Provisorische Volkskammer der DDR deshalb am 7. Oktober 1949 das „Gesetz über die Verfassung der DDR“, durch das unsere erste Verfassung in Kraft gesetzt wurde. Da historische Bedeutung unserer ersten Verfassung läßt sich in folgenden Zusammenfassungen verdeutlichen:

- erste Einbeziehung der Arbeiter und der Bauern in die Gestaltung der Verfassung der DDR. Der Artikel 24 verbietet alle privaten Monopolkonzernstrukturen wie Kartelle, Syndikate, Kongresse, Trusts. Damit wurden die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen und die Wurzeln des Imperialismus und Militarismus ausgerottet;
- die bürgerliche Prinzip der Gewaltenteilung in Legislative und Exekutive, das der Bourgeoisie höchst wertvolle Dienste bei der Niederwerfung demokratischer Kräfte des Volkes leistete, wurde überwunden. Die Volkskammer wurde zum höchsten Organ der Republik erklärt, beschlußfähig und vollständig zugleich;
- die von der dekarisierten Grundbesitzer-

Bürger, wie z. B. das Recht auf Arbeit, Bildung usw., schufen den Rahmen, um Verfassungswirklichkeit zu werden;

— mit der Verfassung konnte 1949 die erste antikapitalistisch-demokratische Wirklichkeit staatsrechtlich fixiert und der Übergang zur Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus verfassungsmäßig garantiert werden;

— Seit dem Inkrafttreten unserer ersten Verfassung sind 10 Jahre vergangen, eine historisch kurze Zeit, jedoch ist sie von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR gekennzeichnet. Nach der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen, bestand die wesentliche Aufgabe darin, die wichtigsten Produktionsmittel in sozialistisches Eigentum zu überführen, weil sie die Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Volkswirtschaft sind. Das war zunächst ein politischer und juristischer Akt, der Anfang der sechziger Jahre beendet war. Er bildete das Fundament für die vollständige sozialistische Gesellschaft.

Ein entscheidender Kulturwandel im inneren gesellschaftlichen Entwicklung war der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der vom VI. Parteitag der SED 1961 konstatiert wurde. Das bedeutete, daß Sowjetismus die volle Wirksamkeit erzielen konnte. Auf dieser Grundlage wurden bis Anfang 1967 mehrere Teilsysteme des Sozialismus theoretisch begründet und praktisch eingeführt. In ihrer Wirkungswelt immer weiter ausgedehnt, so z. B. das ökonomische System. Auf dieser Basis geht nunmehr die Bevölkerung der DDR daran, „alle anderen Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens ... auf ein gleiches fortschrittliches Niveau zu bringen und dadurch in einem Prozeß bewußt gesteuerter Wechselbeziehungen mit zerringemäßigtem Aufwand und in historisch kürzester Frist die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu schaffen.“ (Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag)

Der größte Erfolg der vergangenen zwei Jahrzehnte besteht jedoch darin, daß auf der Grundlage der vollständigen Eigenverantwortung der Menschheit, die sozialistische Menschengemeinschaft, mit ihrer Arbeitervolkswirtschaft, erregungsfähigen Wettbewerbsbewegung, dem Kampf der Kollektive um den Staatstitel „Kollosk der sozialistischen Arbeit“.

Welche ein grundsätzlicher Unterschied zum Jahre 1949? Aus der DDR, die noch schwer unter dem Joch des verbreiterischen Militarismus und der von den imperialistischen Westmächten betriebenen Spaltung Deutschlands zu leiden hatte, ist die sozialistische DDR, ein leistungsstarkes Industrieland mit einer modernen Landwirtschaft, entstanden.

Die Verfassung von 1949 entspricht nun kaum noch den unvergleichlichen historischen gesellschaftlichen Entwicklungs-

Den Tatsachen von heute und den Plänen von morgen gerecht werden

Hochschullehrer und Mitarbeiter zur Ausarbeitung einer neuen sozialistischen Verfassung

In seiner bedeutenden Ansprache vor der Volkskammer hat der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsobersten, Walter Ulbricht, die lange Reihe von außerordentlichen Leistungen der Bürger unserer DDR beim Aufbau des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung gewürdigt.

Im Ergebnis wurde der Volkskammer die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorgeschlagen, die „den Tatsachen von heute und den Plänen von morgen“ entspricht. Diesen entscheidenden Schritt begrüßt die Wissenschaftler und Hochschullehrer außerordentlich, denn hiermit wird die verfassungsmäßige Grundlage für unsere prognostizierte Entwicklung in gesellschaftlichen Leben und bei der Mastierung der wissenschaftlich-technischen Revolution geschaffen.

Darüber hinaus wird die neue Verfassung die Stellung der DDR als souveräner sozialistischer Staat festlegen. Gerade für uns als Wissenschaftler, die häufig Kontakte mit ausländischen Kollegen haben, ist es für uns auch von persönlicher Bedeutung, daß wir mit dieser neuen Verfassung die gesetzmäßige Untermauerung unserer Verantwortung als Staatsbürger der souveränen sozialisti-

chen Deutschen Demokratischen Republik erlangen werden.

Prof. Dr. Christian Weilmantel,
Präsident für Forschung

Die Stellung der Wissenschaft in unserer Gesellschaftsordnung hat sich seit der Gründung der DDR verändert. Sie ist heute unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zur Produktivkraft geworden und bestimmt in hohem Maße das Tempo der Entwicklung der Volkswirtschaft mit. Damit ist die Wissenschaft zu einem entscheidenden Faktor bei der Verwirklichung des antikapitalistischen Systems des Sozialismus geworden. Das System der Wissenschaft hat sich in den vergangenen 20 Jahren grundlegend geändert. Sie dient nicht mehr den Profiteuren der Konzernherrschaft, sondern allen Bürgern unserer Republik. Damit hat sie sich in der DDR zu ihrem eigenen humanistischen Anliegen zurückgefunden und unterscheidet sich wesentlich von Wesen der Wissenschaft in Westdeutschland.

Dieser Entscheidungsprozeß hat sich in einer relativ kurzen Zeit vollzogen. Ich konnte diesen Prozeß seit Beginn meines Studiums 1946 selbst miterleben. Aus

meiner Arbeit als Hochschullehrer weiß ich, welcher entscheidende Faktor die Wissenschaft bei der Entscheidung der sozialistischen Ordnung ist. Von dieser Entwicklung der Wissenschaft haben wir bei der Gründung der DDR nur zu träumen gewagt. Heute ist sie Realität, und wir können durch prognostische Einschätzungen ihre weitere Entwicklung in unserem Staat. Durch diese stürmische Entwicklung ist aber, wie auch auf vielen anderen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens, die heutige Verfassung zu eng geworden. Es macht sich notwendig, eine dem Stand der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stellung unseres souveränen sozialistischen Staates entsprechende neue Verfassung zu schaffen.

Prof. Dr. Hans Weber,
Abt.-Leiter im Institut für Technologie des Maschinenbaus

Mit großem Interesse haben wir die Erklärung unseres Genossen Walter Ulbricht gehört, die eine umfangreiche Einschätzung der von den Bürgern der DDR unter Führung der SED seit 1949 erzielten Erfolge ist.

Wir haben darin unseren eigenen Weg erkannt und sind stolz, Bürger unserer sozialistischen DDR zu sein.

Der Vorschlag, eine neue sozialistische Verfassung auszuarbeiten, findet unsere vollste Unterstützung, denn sie doch dazu, die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauern-Macht zu verankern und das Grundgesetz für eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Volkserziehung zu schaffen.

Wir werden durch unsere Arbeit zur weiteren Stärkung der DDR beitragen. So wollen wir mitwirken, das umfassende Werk der Schöpfung einer neuen Verfassung unserer Republik zu verwirklichen.

Die Mitarbeiter der Abteilung
Kader der TH

stand unserer Gegenwart entsprechen. Eine neue Verfassung wird deshalb erforderlich, um die erreichten gesellschaftlichen Veränderungen verankert sind und die zugleich das staatsrechtliche Fundament für die vollständige sozialistische Gesellschaftsordnung, die entwickelte gesellschaftliche Kultur des Sozialismus vorzubereiten. Dieser Verfassungsentwurf ist ein von der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR wissenschaftlich geleiteter Prozeß der Verwirklichung der Volksauftrag.

In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, einen Vergleich mit dem Grundgesetz für die westdeutsche Bundesrepublik vom 23. Mai 1949 anzustellen. Auch in Westdeutschland wurde nach 1945 ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet. Sein Grundanliegen bestand jedoch darin, die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie zu retten, den Monopolkonzernen ihre alte Macht zurückzugeben. Am 1. September 1949 der Parlamentarische Rat in Frankfurt/Main zusammentrat, war bereits mit der Wahl von Konrad Adenauer zu seinem Präsidenten einer der bahn-

lasten Separatisten an die Spitze des Gremiums getreten. Die beiden Vertreter der KPD, Genossen Max Reimann und Hugo Paul, erzielten den Antrag, die Arbeit an dieser Separatverfassung einzustellen, wurden jedoch, mit Hilfe der SPD-Vertreter, überstimmt. Die KPD-Delegation verweigerte schließlich ihre Zustimmung zu diesem Verfassungsentwurf. Die Spaltung Deutschlands selbst wurde weiter vertieft wurde. Das Erkenntnis setzt heute die Kreise des Bürgertums in Westdeutschland. Auf Grund des politischen Drucks wagten es die bürgerlichen Parlamentarier nicht, diesem Entwurf als Verfassung zu unterschreiben, sondern beizubehalten ihn als „Grundgesetz“. Das hinderte jedoch die Bourgeoisie nicht, ihre Klassenziele mit Hilfe von vier Staatsstreichen durchzusetzen. Dann wird deutlich, daß die Geschichte des Grundgesetzes der Bundesrepublik eine Geschichte des nationalen Verrats der herrschenden Kreise der westdeutschen Bourgeoisie ist.

Es ist außer Zweifel, daß der Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung der DDR, wie alle grundsätzlichen juristischen

Gesetze, zur Diskussion durch das ganze Volk gestellt werden wird. Jeder Bürger wird die Möglichkeit erhalten, seine Meinung zum Entwurf der „Kommission der Volkskammer der DDR zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR“ mitzuteilen. Dieser Beschluß fand nach Beendigung der 1950er-Jahre in unserer Bevölkerung, das kann in vielen Willensäußerungen, auch an unserer Hochschule, zum Ausdruck kommen.

Die Bedeutung einer neuen Verfassung liegt u. a. auch darin, daß auf ihrer Grundlage das System der juristischen Normen vereinfacht, damit übersichtlicher und zu einem wirksameren Leitungsinstrument wird. Wesentlicher ist jedoch, daß mit der sozialistischen Verfassung erneut dokumentiert werden wird, daß Verfassungsfragen politische Machtfragen sind, daß die souveräne sozialistische DDR existiert ist und mit ihrer sozialistischen Verfassung das Grundgesetz für ein deutsches Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Volkserziehung schafft.

Horst Sehm, Dipl.-Staatswissenschaftler

Erfolge der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit unserer Studenten

Von Genossen Dr. H. Stütznert, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus

Das Vorhandensein anknüpfend und systematisch weiterführt.

Die Studenten, die bereits im ersten Studienjahr unter Anleitung selbständige Aufgaben lösen, werden dann in den nachfolgenden Studienjahren weiter kontinuierlich gefördert. Durch die Gestaltung dieses Systems sind wir gelungen, die methodische Anlage aller Lehrveranstaltungen zu überprüfen und neu zu durchdenken.

Es entstehen heute bereits in den meisten Abteilungen in der Lehre nur noch auf Schwerpunktkonzentrationen, um der eigenen schöpferischen Arbeit der Studenten mehr Raum zu geben. Die Auswahl dieser Schwerpunkte hat nach zwei Seiten zu erfolgen. Sie müssen so gewählt werden, daß dadurch die wissenschaftliche Erziehung verbessert wird und daß die Studenten in die Lage versetzt werden, aktive die neuen gesellschaftlichen Prozesse analysieren, denken und lösen zu können.

Das System wird uns auch helfen, die Gestaltung der Einheit des Marxismus-Leninismus in Lehre und Erziehung rascher durchzusetzen. Auch aus diesem Grunde bildet die Erarbeitung und Einführung eines konkreten Systems der Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit eine Hauptaufgabe, die wir in diesem Studienjahr lösen müssen. Deshalb bildet sie auch die zentrale Aufgabe im Wettbewerb des Institutes.

Alle vier Abteilungen des Institutes sind mit diesem Studienjahr in den Wettbewerb getreten und wollen den Staatsauftrag „Kollektiv der

sozialistischen Arbeit erringen. Die Abteilung, die die besten Erfolge bei der Schaffung eines konkreten Systems der Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit für das gesamte Institut erzielt, erhält als Auszeichnung 70 % des gesamten Preisgelds des Institutes. Weiterhin hat sich das Institut im Rahmen des Leistungsvergleiches mit der TH Magdeburg verpflichtet, dieses System dem Institut für Marxismus-Leninismus an der TH Magdeburg zu übergeben. Das resultiert aus den Vereinbarungen beider Institute, die zur Gemeinschaftsarbeit übergingen.

Dieser Institut übernahm gerade diese Aufgabe, weil hier bereits die meisten Erfahrungen in der Einbeziehung der Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit vorliegen. Der erste Schritt hierzu wurde von zwei Abteilungen bereits vor Jahren getan. Sie übergaben den Studenten Studienanleitungen. Diese Anleitungen sind ein Weg, das schöpferische Studium der Studenten zu entwickeln. Außerdem bemüht sich die Abteilung, durch vielfältige Formen die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit zu entwickeln. Die besten Formen werden in das System Eingang finden.

Beispielsweise führt die Abteilung die Bemühungen der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie ist bemüht, alle Studenten in die schöpferische Arbeit durch eine methodische gut durchdachte Studienanleitung einzubeziehen. Außerdem werden die Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit einbezogen.

Im Studienjahr 1965/66 untersuchten 20 Studenten unter Anleitung der Vorlesungsveranstaltungen von KPD und SPD in Maschinenbaubetrieben von Karl-Marx-Stadt. Zu Beginn des darauffolgenden Studienjahres erhielten 70 Studenten die Aufträge, die Beziehungen der Karl-Marx-Städter Maschinenbaubetriebe zur Sowjetunion zu untersuchen. Die Abteilung bezog damit etwa 18 Prozent der Studenten, die sie betreut, in die Vorbereitung ihres wissenschaftlichen Kolloquiums ein, das sie zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durchführte. Wir konnten feststellen, daß die Studenten, die in Gruppen zusammengefaßt waren, ihre gestellten Aufgaben mit Initiative und Einsatzfreudigkeit lösten. Auf dem Kolloquium stellten Studenten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur Diskussion.

Die drei besten Kollektivarbeiten wurden zum internationalen Studententauschprogramm, der von der UdSSR aus Anlaß des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ausgeschrieben wurde, eingereicht. Folgende Studenten waren daran mit nachstehender Thematik beteiligt:

Maria Rosenbaum (66/7, Ing./Fak.) und Ernst Wänsche (66/51, TMF). Die Einführung sowjetischer Neuprozessoren in VEB Schleifenschleifwerkzeug Karl-Marx-Stadt.

Jochen Heine (66/3, Mathem.) und H. Peter Schäfer (66/1, Phys.) Die Einführung des Systems der fehlerfreien Arbeit (Sachere-Methode) im VEB Mohl Karl-Marx-Stadt.

Gabriele Nosh (66/21, KW) und Gudrun Wagner (66/27, KW). Der Beitrag des VEB Strickmaschinenbau Karl-Marx-Stadt zur Erfüllung des Freundschaftsvertrages zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. Juni 1964.

Die Arbeit der Studenten Rosenbaum und Wänsche wurde von der Jury des internationalen Studententauschprogramms ausgezeichnet. Das muß man besonders würdigen, weil nur 18 Arbeiten aus der DDR prämiert wurden sind. Besonders ist noch hervorzuheben, daß sie sich hier um Studenten des ersten Studienjahres handelt und daß sie als Studenten einer Technischen Hochschule für eine Arbeit auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet ausgezeichnet wurden.

Mit ihrer Teilnahme an der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit erbrachten die Studenten des ersten Studienjahres selbst den Beweis, daß sie in der Lage sind, unter Anleitung gesellschaftswissenschaftlicher Prozesse in ihren unabhängigen Wirkungskreisen zu analysieren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Für uns kommt es darauf an, die Arbeit mit den Beststudenten planmäßig über 4 Jahre fortzusetzen. Deshalb schenken wir auch dem System der Einbeziehung der Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit, das wir gemeinsam mit dem Jugendverband betreiben, so große Aufmerksamkeit. Das System wird dem Wettbewerb der Studenten Impulse geben und eine enge Zusammenarbeit mit den Fachrichtungen garantieren. Die besten Voraussetzungen dafür sind bereits vorhanden. Deshalb konnte das Institut bereits etwa 30 Arbeiten von Studenten und jungen Wissenschaftlern für die Leistungsschau, die anläßlich des 150. Geburtstages von Karl Marx stattfindet, melden. Um den Prozeß der Einbeziehung

der Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit zu fördern, haben wir die Studenten, die selbständige Arbeiten in der Vorbereitung zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution anfertigten, zur Auszeichnung vorgeschlagen. In einer Veranstaltung an der Mitglieder der Hochschulleitung der FDJ teilnahmen, werden diese Studenten prämiert. Diese Zusammenkunft soll gleichzeitig als Erfahrungsaustausch mit den Studenten genutzt werden. Darüber hinaus erlitten alle Fachrichtungen die Namen der Studenten, die ausgezeichnet worden sind, damit deren Erfahrungen auch dort ausgewertet werden können.

Die bisher gemachten Erfahrungen, ihre Nutzung und planmäßige Gestaltung im Rahmen der Einbeziehung der Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit werden dazu beitragen, den Wettbewerb der Studenten zum 50. Jahrestag der DDR bereits jetzt gründlich vorzubereiten.

Genosse
Arno Weidauer

Am 18. November 1967 verstarb im Alter von 64 Jahren unerwartet unser Genosse Arno Weidauer, Leiter des Instituts für Maschinenbau. Seine vorbildliche Arbeit wurde an unserer Hochschule, der er seit 1905 angehört, durch zweimalige Auszeichnung als Aktivist gewürdigt. Genosse Weidauer war seit 1950 Mitglied unserer Partei, für deren Ziele er stets Klassenbroschüre und aktiv kämpfte. Die Parteiorganisation und alle Mitarbeiter der TH Karl-Marx-Stadt werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 29. November 1967 lösten der Akademische Senat und die FDJ-Hochschulleitung einen gemeinsamen Beschluß, der den Beginn einer neuen Etappe in der Erziehung und Ausbildung der Studenten einleitet. Der Plan zur Entwicklung der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit und des Wettbewerbs der Studenten und jungen Wissenschaftler an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt ist Leitlinie und Anleitung für die effektive Gestaltung der Bildung und Erziehung. U. E. kommt es jetzt darauf an, so schnell wie möglich dieses Dokument auszuwerten und konkrete Maßnahmen für alle Bereiche festzulegen. Dabei sollten die vielfältigen Formen, die sich herausgebildet haben und Erfolge zeigten, entwickelt und systematisiert werden.

Im Institut für Marxismus-Leninismus wird in diesem Studienjahr ein System zur Einbeziehung der Studenten in die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit erarbeitet. Dieses System wird das Dokument der Akademischen Senats und der FDJ-Hochschulleitung konkretisieren. Es wird alle vier Abteilungen (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftler Sozialismus) einbeziehen; es wird also das Grund- und Fachstudium umfassen, weil sich das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium über 4 Jahre erstreckt.

Das System muß demnach so gestaltet werden, daß es mit der Entwicklung der schöpferisch-produktiven Tätigkeit im ersten Studienjahr beginnt und die Studenten zur selbständigen Aneignung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus und seiner Anwendung führt. So wird jede Abteilung entsprechend ihren Wissenschaftszweig die Studenten bis zu einem festgesetzten Entwicklungsstand zu führen haben. Das erfordert, daß jede Abteilung den Staatsauftrag „Kollektiv der